

Verlagsgesellschaft
in Stuttgart Nr. 14
1920. Nr. 12.45
...
September 1927.



Die heutige Beilage
...
Verleger Dr. H.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 248 Druck und Verlag in Ulmsteig. Mittwoch, den 20. Oktober 11. Jahrgang für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Die Sprengung der U.S.P. Ankündigung des Bürgerkriegs.

Der Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Halle ist zu Ende. Die Partei ist auseinandergepresst. Der unmittelbare Anlaß des Zerwürfnisses sind die 21 Bedingungen für den Anschluß an die Dritte kommunistische Internationale, die von den Moskauer Bolschewisten Lenin, Trotski, Kadel usw. den deutschen Unabhängigen vorgeschrieben wurden. Die Entschleierung der Anschließungsbedingungen, also der Reformen, schließt sehr richtig die wesentlichen Bestimmungen aus dem Phrasenwust des Moskauer Manifestes heraus, die der deutschen U.S.P. bei einem Zusammengehen mit Lenin die Existenzfähigkeit vernichten: die verlangte Aufhebung der Selbständigkeit der angeschlossenen Landesparteien, die geforderte Zertrümmerung der Gewerkschaftsinternationale, der diktierte Ausschluß ganzer Scharen von Parteigenossen, die solche Forderung der kommunistischen Internationale grundsätzlich ablehnen.

In diesem Ringen der Geister hat im Grund die Frage des Endziels, die schon vor zwei Jahrzehnten auf den sozialdemokratischen Parteitagen in Hannover, Albed und Dresden die Revisionisten und Radikalen voneinander schied, fröhlich Ursprung erfahren. Wie damals, so ist auch jetzt der Drehpunkt aller Erörterungen, ob sich die Partei dafür entscheiden will, zu erkennen und zu bekennen, daß die Bewegung alles und das Endziel nichts sei, wie die ehemaligen Revisionisten und die heutige Rechte der U.S.P. meinen, oder ob die Partei der Aufspaltung halbig, die Rosa Luxemburg vertreten hat: Das Endziel ist alles, die Bewegung ist nichts. Heute ist nur das Endziel begrifflich klarer gefaßt und heißt: Weltrevolution. Die um Crispian, Dümmann und Ledebour sagen: Die proletarische Bevölkerung müsse erst vollkommen revolutioniert werden, nur mit einer derart vom Geist des Klassenkampfes erfüllten Masse könne das Endziel erreicht werden. Die Moskauer (die Anhänger des Dümmig, Söder, Braß, Hoffmann) halten dem entgegen, die unmittelbare Gegenwart sei für die Weltrevolution reif. Man dürfe keine Zeit verlieren, um die politische Macht mit Hilfe des Terrors und der Rätediktatur zu erzwingen. Die Rechte hat zweifellos die Logik der Tatsachen für sich, wenn sie die Eignung der unmittelbaren Gegenwart zur Bekämpfung der Weltrevolution bezweifelt. Sie konnte sich auf die ruhig-nüchternen Haltung der englischen und der amerikanischen Sozialdemokraten gegenüber den Moskauer Drängern beziehen, und Hilferding spielte als seinen besten Trumpf den Hinweis auf die schweizerischen Sozialisten aus, deren Parteiloyalität wohl zuerst die Bereitwilligkeit zum Anschluß an die kommunistische Internationale erklärt hatte, nach Kenntnis der 21 Bedingungen aber, unter dem Druck ihrer Wähler, den Beschluß rückgängig machen mußte.

Im übrigen bedeutet der Parteitag in Halle auch eine Klärung des allgemeinen parteipolitischen Verhältnisses. Die radikale Linke folgt dem deutschen Volkstypus und hat den Bürgerkrieg unter Moskauer Führung an. Der Führer dieses Flügels, Dümmig, sagt in der Sitzung vom 13. Oktober: „Die Moskauer haben das Recht, Führer zu sein in diesem Kampf. In der Periode des Bürgerkriegs, in die wir eintreten, darf es keine demokratischen Hindernisse mehr geben. Nicht mehr ist die Frage zu stellen, ob wir einen Bürgerkrieg wollen oder nicht, es ist ein Verbrechen, zu sagen wir wollen keinen Bürgerkrieg. Wir haben uns erst einzustellen auf diesen Bürgerkrieg. Weil uns Ausland die Wege und Mittel dazu zeigt, deshalb bin ich für den Anschluß an die dritte (Moskauer) Internationale.“

Dümmig forderte zu heimlicher Bewaffnung auf. Er tabelte solche Kommunisten, die den Geboten des Waffenablieferungsgebotes nachkommen. Er will eine Partei schaffen, in der „keiner es wagt“, diesem Reichsgesetz und den Anordnungen der Reichsregierung zu gehorchen. Er will es unmöglich machen, daß Deutschland seine in dieser Hinsicht eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den gegen es verbündeten Mächten erfüllt. Die Kriegserklärung schließt mit der Warnung an der deutschen Bolschewistenpartei: „Wir brauchen theoretisch Klarheit und organische Geschlossenheit für den bevorstehenden Bürgerkrieg.“

Der Russe Sinowjew, der Abgesandte der Sowjetregierung, gab zu den Ausführungen Dümmigs seine vollste Zustimmung. Er gab auch ein Bild, wie nach bolschewistischem Willen der Bürgerkrieg, der große Endkampf in Deutschland zu führen sei. Von unten herauf sollten die Bolschewiken die europäische

und vor allem gegen die deutsche Kultur losgelassen werden. „Für uns gilt keine Hautfarbe mehr!“ verkündete Sinowjew auf dem Parteitag. — Freilich sind ihm die Engländer und Franzosen mit ihrem schändlichen Beispiel im Weltkrieg vorangegangen, als sie die gelben, braunen und schwarzen Völker aufriefen, um im Bund mit 30 Genossen das 70 Millionen Volk im Herzen Europas zu vernichten. Die Engländer und Franzosen haben jetzt den Bolschewisten eine billige Ausrede für das ruchlose Wort geschaffen: „Für uns gilt keine Hautfarbe mehr.“ Zehntausende von chinesischen Soldaten stehen seit über zwei Jahren als Henkergesellen im Dienst der Sowjetregierung. Sie und ihresgleichen sollen gegen die europäischen Völker losgelassen werden. Es dreht sich in dem von Sinowjew angekündigten Kampf also nicht mehr um Kapitalismus und Sozialismus, sondern um den Kusturm einer von dem Bolschewismus in Bewegung gesetzten kulturlosen Masse, die aus dem Völkerverdrängen Asiens gegen Westen ausbrechen soll. Sinowjew hat in einer vierstündigen Rede offen dargelegt, daß es sich bei den Bolschewisten nicht um verrante Ideologen, sondern um selbstbewußte Machtpolitiker handelt, die sich nicht davor scheuen, um ihres Parteiprogramms willen die Völker des einen Weltteils gegen den andern mobil zu machen.

Wenn man eines in der Rede Sinowjews anerkennen muß, so ist es die Ehrlichkeit, mit der er die Kampffronten gegeneinander abgeheft hat. Auf der einen Seite die asiatischen Massen mit der Moskauer Sowjetregierung an der Spitze, auf der anderen Seite die Westeuropäer mit dem Amsterdamer Gewerkschaftsartikell, dem Bürgertum und den Bauern. Hier steht der unerbittliche Feind, der die Gewerkschaften vernichten will. Aber auch dem Bürgertum muß klar werden, daß es gilt, gegen diesen Feind Europas mit der deutschen Arbeiterschaft zusammenzutreten.

Der dritte Feind, dem der Kampf der Bolschewisten Moskauer gilt, sind die Bauern Deutschlands. Ihnen will Sinowjew eine Frist von 10 Jahren lassen, bis man sie sozialisiert. Bis dahin will man ihnen — echt russisch befehlen — Land geben, um sie für die Ideen der Bolschewisten zu begeistern. „Da können sie aber die deutschen Bauern nicht!“ ist dem Russe an dieser Stelle seiner Rede dazwischen gerufen worden. Und aus diesem Ausruf weht uns wie Trost für die Zukunft entgegen. Der deutsche Bauer ist zu intelligent, um sich von den bolschewistischen Tiraden einfach einfangen zu lassen, und er ist nicht landgierig genug, um jetzt sich durch die Vergrößerung von Land anlocken zu lassen mit der Aussicht, daß ihm nach einem Jahrzehnt alles wieder genommen und in die Obhut des Staats gebracht wird.

Die Fäden des Bolschewismus reichen weit nach Asien hinein. Es droht für Europa eine Gefahr wie der einst von den schändlichen Türken, und Moskau ist das Konstantinopel von damals. Derselbe Fanatismus wie vor 500 Jahren ist zum Ausbruch gekommen, das Ziel, die Vernichtung Europas, ist dasselbe, nur die Führer sind andere geworden.

Berlin, 19. Okt. Bei der gestern angelegten Fraktionsbildung der U.S.P. waren nur die Mitglieder des rechten Flügels in Stärke von 59 Abgeordneten anwesend. Die Linke, 22 Abgeordnete, hat sich als unabhängige, sozialistische Fraktion, Sektion Eichhorn, konstituiert.

In Hannover hat sich der kommunistische Flügel der Unabhängigen gestern mit Gewalt in den Besitz der Genossenschaftsdruckerei „Volkrecht“ gesetzt, und die Aufgabe der bereits gedruckten Zeitung, die einen Aufsatz Crispians und organisatorische Mitteilungen der proletarischen Zeitung der gemäßigten Richtung enthält, verhindert.

In Halle haben die Links-Unabhängigen und die Kommunisten das halle'sche Parteisekretariat der U.S.P. beiseite und einem der Sekretäre, der auf der Seite der Rechten steht, den Zutritt zu dem Büro verweigert. Ebenso durften die beiden bisherigen politischen Redakteure des „Volkrechts“ nicht mehr die Redaktion betreten, weil sie Gegner der Moskauer Bedingungen sind.

In Frankfurt a. M. versuchten gestern nacht die Radikalen, das Blatt der Unabhängigen „Das Volkrecht“ durch Ueberrumpelung in ihren Besitz zu bringen. Der Handstreich mißlang.

Berlin, 19. Okt. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die Wehrheitssozialdemokratie und der rechte Flügel der Unabhängigen sich wieder vereinigen

Gegen die aus dem Reichsgebiet ausgewiesenen russischen Gewerkschaftsführer Sinowjew und Losowski ist von Teilnehmern der Versammlung in Halle Anzeige wegen Aufforderung zum Hochverrat erstattet worden. Die Ruffen haben in einer Versammlung von Arbeitern in einem Vorort von Halle gesagt, kein Arbeiter solle die Waffen abliefern, sondern sie gebrauchen, um die bürgerliche Regierung zu stürzen und ihre jetzigen Träger nach Freigang zur Beseitigung zu bringen.

Neues vom Tage.

Reichslandwirtschaftskammer.

Berlin, 19. Okt. Der Verfassungsausschuss des Reichswirtschaftsrats wird demnächst die Neuordnung der Wirtschaftsverfassung und die Gestaltung der amtlichen Berufsvertretungen beraten. Die Reichsregierung wird darauf einen Gesetzentwurf für die Errichtung einer Reichslandwirtschaftskammer ausarbeiten und die Richtlinien für den Aufbau der landwirtschaftlichen Berufsvertretung in den Einzelstaaten aufstellen.

Erhöhung der Versicherungsgränze.

Berlin, 19. Okt. Im Reichskabinett wird die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Einkommen bis 30 000 Mark vorbereitet, nachdem bereits der Erhöhung der Versicherungsgränze bis 30 000 Mark für die Reichsangestellten-Versicherung vom Kabinett zugestimmt worden ist.

Gegen die Barbarei.

Berlin, 19. Okt. Geheimrat Prof. Dr. Czerny fordert im „Berl. Lokalan.“ nicht nur die Ärzte, sondern das ganze deutsche Volk auf, sich an die gesamte Menschheit zu wenden, um der feindlichen Barbarei ein Ende zu machen, wie sie sich wieder in der wahnsinnigen Forderung von 810 000 Mark für den Hungertod eines Volk gegenüber, das durch die langjährige Hungersnot schon aufs äußerste geschwächt ist.

Neue Anlagen gegen Erzberger.

Zu Berlin, 19. Okt. Der Herausgeber der „Nationalen Korrespondenz“ Dr. Ernst Bück erklärt eine Erklärung über die Zurücknahme der Klage Erzbergers gegen ihn, in der er behauptet, die Zurückziehung des Strafantrags sei erfolgt, nachdem Erzberger von den umfangreichen Beweisunterlagen der holländischen Anwälte Kenntnis erhalten hatte. Seine Anwälte haben unter anderem unter Beweis gestellt, daß Herr Erzberger in einer Reihe von Fällen falsche Steuererklärungen abgegeben und in dem Prozeß gegen Helfferich in einer Reihe von Fällen unter seinem Eid bewußt die Unwahrheit ausgesagt habe. Bück erklärt, er erhebe hiermit die in diesen Beweisunterlagen enthaltenen Beschuldigungen gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger ausdrücklich in aller Öffentlichkeit, um ihm zunächst Gelegenheit zur Wiederaufnahme seines Strafantrags zu geben.

Aus dem besetzten Gebiet.

Audernach a. Rh., 19. Okt. Die amerikanische Behörde hat auf Veranlassung der Gewerkschaften 9 Wagen Kartoffeln, die ins Ausland verschoben werden sollten, beschlagnahmt und sie der deutschen Bevölkerung zum Preis von 26 Mark für den Zentner zur Verfügung gestellt. (Im Rheinland und in den norddeutschen Städten werden für Kartoffeln 40—60 Mk. bezahlt.)

Saarbrücken, 19. Okt. Die französische Regierung hat Seuegalneger zurückgezogen und nach Syrien geschickt. Es befinden sich aber immer noch 45 000 Farbige im besetzten Gebiet.

In Söbernheim an der Nahe verlangen die Franzosen 120 Morgen bestes Ackerland für einen Flugplatz.

Die Krise in Griechenland.

Athen, 19. Okt. Der Zustand des Königs hat sich weiter verschlimmert. Die Kammern sind einberufen. Wie verlautet, soll Admiral Konduriotis aufgefordert worden sein, im Fall des Ablebens des Königs die Regentschaft zu übernehmen.

Der Aufenthalt verlängert.

Berlin, 19. Okt. Nach dem „Berl. Tagebl.“ ist den ausgewiesenen Bolschewisten Sinowjew und Losowski die Aufenthaltserlaubnis verlängert worden.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 19. Okt. Die Wahlen in allen Landessteuern zusammen haben eine starke Mehrheit der bürgerlichen Parteien ergeben.



Berlin, 19. Okt. Dem Reichstag ist eine Zeitschrift des Auswärtigen Amtes über den Aufstand in Oberschlesien im August und September 1920 zugegangen, in der die polnischen geheimen Nachrichten in allen Einzelheiten dargelegt, sowie reiches alienmähtiges Material zum Beweis der polnischen Umtriebe beigebracht werden.

Der Krieg im Osten.

Kopenhagen, 19. Okt. Das ukrainische Pressebureau meldet, der linke ukrainische Flügel sei in der Gegend von Konstantinow von 25 000 Bolschewisten angegriffen worden, die aber vollständig geschlagen worden seien. Eine rote Reiter-Brigade von 2000 Mann sei völlig vernichtet worden. Bei Verditschew ziehen die Roten neue Truppen zusammen.

Die Ukrainer sollen Kiew besetzt haben.

Nach Berichten aus Sebastopol sind die Roten in Alexandrowka von General Wrangel vollständig überbracht worden; fast alle Kommissare wurden gefangen. Die Bauern und Arbeiter unterstützen Wrangel. Viele Freiwillige treten in sein Heer ein. Bei Bielnikow wurden die Roten erneut geschlagen.

Warschau, 19. Okt. Die lithauische Regierung ist in Schwierigkeiten geraten. Man weist ihr vor, daß sie bei dem polnischen Ueberfall auf Wilna nicht genug Entschlossenheit gezeigt habe. Als neuer Ministerpräsident wird der Polenfeind Slezowicz genannt. Aus London wird gemeldet, daß den Bolschewisten der Schatz des Emirs von Buchara im Wert von mehreren Milliarden Rubel „in die Hände gefallen“ ist.

Der Streit in England.

London, 19. Okt. Die Bergleute glauben imstande zu sein, den Streik mindestens 6 Wochen lang auszuhalten.

Bei einem Zusammenstoß eines Umzugs der Arbeitslosen mit der berittenen Polizei in der Downing-Strasse, in der das Auswärtige Amt liegt, gab es über 120 Tote und Verwundete.

London, 19. Okt. Der Kohlenstreik ist heute allgemein. Tausende von Seeleuten sind arbeitslos.

Die Lage hat sich merklich verschlimmert. Der Streik lähmt Handel und Industrie fast vollständig. Die Regierung besitzt aber sehr bedeutende Kohlenvorräte. Die Streikfassen sind noch schwach. Eisenbahner und Transportarbeiter zeigen Reigung, am Streik teilzunehmen.

Japans Vordringen in China.

Tokio, 19. Okt. Die japanische Regierung macht bekannt, daß sie zur Unterdrückung des Bandenwesens an der mandchurisch-koreanischen Grenze Truppen absenden werde, obgleich China die Beteiligung an dem Unternehmen abgelehnt habe.

Koblenz, 19. Okt. Die Rheinlands-Kommission hat eine Verordnung erlassen, daß alle im besetzten Gebiet erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften, die von der Kommission oder anderen Befehlungsbehörden ausgegebenen amtlichen Mitteilungen in der vorgeschriebenen Art und Zeit auf Anordnung unentgeltlich zu veröffentlichen haben. Der deutsche Kommissar hat bei der Kommission Vorstellungen erhoben.

Belgrad, 19. Okt. Die südslawische Regierung hat den Truppen, die in das Körntner Abstimmungsgebiet eingedrungen waren, die Befehle gegeben, sich unter den Befehl der Abstimmungskommission zu stellen.

Paris, 19. Okt. Die Völkervereinigung hat die Regierung in Wien wissen lassen, daß die verbündeten Mächte das Ergebnis der Volksabstimmung von Klagenfurt respektieren werden. Die Großmächte rechnen aber andererseits darauf, daß Oesterreich die Beiträge von Versailles und St. Germain nicht verlege, sowie den Anschluß Oesterreichs an Deutschland ohne vorherige Genehmigung des Völkerbundes verbiete.

Paris, 19. Okt. Der japanische Ministerpräsident Hara betonte vor dem Verteidigungsausschuß die Notwendigkeit eines industriellen Mobilisationsplans, um sofort ein zweckmäßiges Zusammenarbeiten aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes im Ernstfall zu ermöglichen. Die Inseln und die Bucht vor Tokio werden stark befestigt.

Landtag.

Stuttgart, 19. Okt.

Präsident Watter eröffnet die 12. Sitzung um 3/4 Uhr. Am Regierungstisch: Sämtliche Minister. Nach Bekanntgabe einiger Einläufe tritt das Haus in die Generaldebatte auf Grund der Anfrage des Abg. Kell und Gen. (Soz.) ein.

Staatspräsident Dr. Heber: Es handelt sich um den größten Streik, der bisher in unserem Land in Szene gesetzt worden und geschleiert ist. Die Regierung hat alle Versuche ernster Belehrung und Warnung erschöpft, ehe sie sich zur Schlichtung der vier Großbetriebe entschloß. Der Beweis ist unumkehrbar erbracht, daß von einer Minderheit versucht wurde, alle politisch oder gewerkschaftlich Abhängigkeiten zu zerstören. Jede Autorität der Betriebsleitung wurde untergraben. Die Werke sollten mit Gewalt zur Stilllegung gezwungen werden. Die Arbeiter haben gesagt, es handle sich beim Steuerabzug um ein Ausnahmengesetz gegen sie. Das ist falsch, der Steuerabzug war verfassungsmäßig beschaffen. Solange wir noch eine Regierung und einen Staat haben, sind wir verpflichtet, die Gesetze durchzuführen. Ein anderer Weg als die Schlichtung der Betriebe blieb nicht mehr übrig. Diese Maßnahme wurde durch den Generalstreik beantwortet mit dem Motto: „Von der Hebamme bis zum Totengräber.“ Ein Wort des Dankes gebührt dem württ. Verkehrgewerkschaft, der Betriebsrat, der Technischen Hochschule (V.d.B.), der Polizeimehr und ihrem verdienten Leiter. Ihnen ist es zu verdanken, daß es zu keinem blutigen Zusammenstoß kam. Die Regierung wird zutiefst sein, wenn Sie aus der Denkschrift den Eindruck gewinnen, daß die Regierung mit Ruhe nach allen Seiten vorgegangen ist. Die Steuerabzugsparole war der Vorwand, um eine Nachperiode der Kommunisten, um eine Kreditprobe gegen die Regierung und gegen die Autorität des Staats zu wagen. Dem Ausgang des Streiks empfinden die Arbeiter als wahrer Erlösung. Wir stehen vor schwerer Arbeitslosigkeit, hauptsächlich in Folge der Bedingungen von Versailles. Das bedeutet eine ungeheure Unterdrückung aller überabstakalen Propaganda. Der Kommunismus hat sich nicht als geeignet erwiesen, aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen. Nur völlige nationale Geschlossenheit kann uns erhalten. Die Selbstsucht muß in allen Kreisen eingedämmt, die Lebenshaltung eingeschränkt werden. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit muß in allen Schichten lebendig, der Wille der Selbstbehauptung genächt werden. (Cohb. Beif.)

Reichstag.

Berlin, 19. Okt.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 1/4 Uhr. Das Haus ist schwach besetzt.

Der Präsident gedenkt der schweren Stunden, die unsere Volksgenossen in Oberschlesien während der Pause der Reichstagsverhandlungen durchgemacht haben.

Abg. Ledebour (M.D.P.) beantragt, den heute eingereichten Antrag Aderhold noch auf die Tagesordnung zu setzen, in dem gegen den Ausschluss der beiden Sozialdemokratischen Protokolle erhoben wird.

Abg. Schatz-Bromberg (D.nat. Vp.) erhebt dagegen Einspruch. Die Mehrheit des Hauses sei sich darüber klar, daß die Ausweisung so schnell wie möglich durchgeführt werden müsse.

Präsident Ebe erklärt, infolge dieses Widerspruchs könne der Antrag Aderhold heute nicht auf die Tagesordnung kommen.

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er dachte an den Rat seines Freundes und blieb stehen, sie zu begrüßen. Sie war eine auffallende Erscheinung, für ihre einundzwanzig Jahre fast zu äppig; das helle blonde Haar wählte gut zu der frischen, rosigen, gesunden Gesichtsfarbe. Ihre Augen, von einem hellen Blaugrau, hatten einen eigentümlich kalten, nüchternen Blick, der gar nicht so recht zu dem etwas phlegmatischen Aussehen paßte. Fräulein Ulrich war das, was man gemeinhin ein häßliches Mädchen nennt — ohne jede besondere Eigenart. Für Wolf hatte Sie etwas direkt Abstoßendes — warum, wußte er selbst nicht; vielleicht, weil sie ihm gar so deutlich ihr Wohlgefallen zeigte, was ihn sehr unangenehm berührte.

„Sie lassen sich auch gar zu selten sehen, Herr von Wolfsburg.“ sagte sie eben schmeichelnd; „ich bin eigentlich recht böse auf Sie!“

„Da bin ich untröstlich, mein gnädiges Fräulein!“ „Das glaube ich gar nicht — Sie hatten es ja gar nicht gemerkt, daß ich schon auf dem letzten Kasinovergnügen Ihnen gram war — hat Herr von Strachwitz, bei dem ich mich über Sie beklagt, Ihnen nichts erzählt?“

„Strachwitz? ja, ja, allerdings,“ entgegnete Wolf; er hatte keine Ahnung, um was es sich handelte, es war ihm auch gleichgültig, nur nicht die Zeit verschwenden, Mary zu begegnen. Aber er kam nicht von ihr los, Gabriele hielt ihn im Gespräch fest: denn sie war ja viel zu stolz darauf, den schönen Wolfsburg an ihrer Seite zu sehen, als daß sie ihn so schnell wieder freigegeben hätte, deshalb hat sie ihn, sie noch ein Stück des Weges zu geleiten, die Herren haben doch vor Tisch nichts Wichtiges zu erledigen? Wohl, aber abel wußte er mit, und sie suchte ihn liebhaft zu unterhalten.

„Papa hat mir gestern ein neues Reitpferd gekauft — einen Nappen — meine Lisa gefiel mir nicht mehr; ich habe sie verkauft, Frau von Wahlen hat mich darum.“

„Ist Ihnen die Trennung nicht schwer geworden? Lisa war ein gutes, frommes Tier! Erzählen Sie mir nicht mal, daß die Dame ihre Tiere nicht sonderlich gut behandelt?“

„Nun ja, wenn sie ihre Nevenanfälle hat, ist es ihr gleich, was oder wen sie schlägt. Ihr Mädchen kann davon erzählen. Wie hat sie einmal ihr Schoßhündchen geprügel! Das Tierchen ist daran gestorben.“

„Tut Ihnen dann Ihre sanfte Lisa nicht leid, wenn sie in solche Behandlung kommt?“

„Sie tun ja gerade, als wenn es sich um einen Menschen handelte, Herr von Wolfsburg! Ein Tier, ich bitte Sie, was ist ein Tier! — Ach ja, waren Sie neulich auch im Zirkus, Herr Leutnant, als der Trahseilkünstler stürzte? Herr von Holbach erzählte es mir; er war zugegen! — Schade, gerade am dem Abend war ich verhindert! Ich hätte es gern gesehen, so etwas bringt doch Abwechslung und geht einem auf die Nerven!“

„Fräulein Ulrich, der Mann hinterläßt eine Frau und fünf kleine Kinder — was soll da aus der Familie werden?“ entgegnete Wolf sehr nachdrücklich. Sie zuckte die Achseln. „Ja, warum heiratet er und hat Familie? Solche Leute brauchen das nicht! Warum ist er Trahseilkünstler! Da muß eben stets mit einem Unfall gerechnet werden. Er konnte ja Handwerker oder sonst etwas Reelles werden! Papa hat der Frau 300 Mark geschickt — das war nicht nötig; die Frau kann arbeiten!“

Wolf war empört über diese Verlosigkeit; am liebsten hätte er ihr seine Meinung gesagt; aber er schwieg. Beschohlen sah er sie von der Seite an; augenscheinlich war sie sich gar nicht des Eindrucks ihrer Worte bewußt. Das war doch selbstverständlich. — Nachlässig ließ sie das

Aus Stadt und Land.

Montag, 20. Oktober 1920.

* Frost. Letzte Nacht ist die Temperatur ganz bedeutend gesunken, so daß sich heute früh ein starker Reif und Eis gebildet hatten. Es ist höchste Zeit, die Bäume und Gärten vollends abzuweiden. Vom Feldberg, B. Iken und den umliegenden Höhen sind schon Schneefälle gemeldet.

* Die Moskoblafschung gestaltet sich dieses Jahre in anderer Gegend, besonders auch in Klettzig, recht schwierig und außerdem ist sie eine kostspielige Sache geworden. Die Baumgartenbesitzer in den Orten der näheren und weiteren Umgebung hatten diesmal einen so schlechten Ertrag, daß sie oft kaum ihren eigenen Bedarf decken, oder doch nur unbedeutende Mengen Moskoblaf abgeben konnten. Außerdem hat das Brechen des Obstes sehr abnehmend genommen und es werden oft Sorten gebrochen, die nicht weniger als Tafelobstsorten sind. Die Moskoblafpreise, welche sich vor etwa 14 Tagen noch zwischen 55 und 65 Mk. bewegten, haben sich bis 75 und 80 Mk. gehoben, ja, das vorwärts zuerfährte kostet bis 100 Mk! Durch den Mangel an Moskoblaf sind in den letzten Tagen vielfach Tafeläpfel zum Rollen verwendet worden; so wurden gestern im benachbarten Spilberg Tafelobst um 100 Mk pro Zentner zum Rollen nach auswärts verkauft! Dies gibt ein teures Volksgetränk, bei welchem die Bierbrauer mit einem Prozentsatz Bier keine schlechten Resultate haben.

* Sonder-Versammlung des Verbandes nichtberufsmäßiger Ortsfeuerwehren. Am Sonntag, den 24. Okt., vormittags 11 Uhr, findet in Stuttgart im „Friedrichshaus“ unter Vorsitz des Ortsfeuerwehren Kern in G. Müllers die Landesversammlung des Verbandes nichtberufsmäßiger Ortsfeuerwehren Württembergs statt, auf welche wir die Mitglieder des Bezirkes, welche hierzu eingeladen sind, aufmerksam machen, mit dem Anfügen, daß im Vordergrund der Verhandlung die Stellungnahme über Fortbestand oder Abschaffung der Ortsfeuerämter steht. Soviel bekannt, ist auch ein Vertreter des Landesfeuerwehramts und der Vorstand des Landesbezirks der berufsmäßigen Ortsfeuerwehren Herr Stenekerhölzer in Hof in Neustuttgart zu diesen Verhandlungen eingeladen worden.

— Gerste und Hafer. Das Reichsversorgungsministerium tritt dem Gerücht entgegen, als ob im kommenden Frühjahr die Bewirtschaftung von Hafer und Gerste aufgehoben oder die Preise dafür erhöht würden. Es sei also wertlos und nur mit Verlust verbunden, wenn die Vorräte in spekulativer Absicht zurückgehalten würden.

— Schwefelbewirtschaftung. Die verschiedenen Bestimmungen über die Zwangsbeziehung des Schwefels aufgehoben worden.

— Oktoberpreise für Erdöl. Das Reichswirtschaftsministerium hat folgende Preise festgesetzt: Für je 100 Kg. Reingewicht bei Verkauf von 100 Kg. und mehr 6,33 Mk. pro Kilo in Kesselwagen frei jeder deutschen Station. Die Kleinhandlerrufen dürfen das Liter nicht höher als 6 Mk. und bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers nicht höher als 6,15 Mk. berechnen.

— Ausnahmen bei der Lederabgabe. Die Reichsfeuerstelle erläßt eine Verordnung, wonach allen Abgabepflichtigen für vorzeitige Leistung von Häuten, Fellen und Leder eine Ermäßigung der Abgabe gewährt wird; und zwar beträgt diese bei Ablieferung der gesamten Menge bzw. des gesamten Vertrags im ersten Monat 12 Prozent, bei Ablieferung einer Hälfte im ersten Monat 6 Prozent und bei Ablieferung der zweiten Hälfte oder des ganzen Restes im darauffolgenden Monat 6 Prozent.

elegante Foulardkleid durch den Staub schleifen, das wohl mehr als 300 Mark gekostet hatte. — da tut ihr das Geld nicht leid! aber es für arme Leute auszugeben, war es zu schade — da hatte man ja nichts dafür!

„Hoffentlich werden Sie Papa mit mir begrüßen! Ich versprach ihm, ihn abzuholen! Er würde sich freuen, weil er sie so gern hat,“ bat sie mit einem feinsten Augenaufschlag.

„Sehr schmeichelhaft, mein gnädiges Fräulein! Muß aber leider auf das Vergnügen verzichten, Ihren Herrn Vater zu begrüßen, da es mir heute tatsächlich an Zeit fehlt.“

„Ach, das sagen die Herren immer — um eine Ausrede sind sie nie verlegen,“ schmolte sie. „Wissen Sie auch, Herr von Wolfsburg, daß Leutnant Brenner sehr eifersüchtig auf Sie ist?“

„Auf mich — inwiefern?“ fragte Wolf erstaunt.

„Ja — er meinte, ich vernachlässige ihn — Freiwegen zu sehr, und Sie verdienen es gar nicht!“

„Mein gnädiges Fräulein — in der Tat — ich weiß — zu viel Ehre.“ Er war wie auf Nadeln; jeden Augenblick mußte ihnen Mary begegnen, ihn dann als Gabriels Begleiter sehen — o, was mußte sie denken! Und richtig, da sah er sie von weitem in ihrem rosafarbenen Kleide kommen, das er so sehr an ihr liebte. Seine Augen späten vorwärts — jetzt mußte sie ihn erblicken; ein Freudenstahl huschte bei seinem Anblick über ihr Gesicht, um gleich darauf einem Ausbruch erschauerten Entsetzens Platz zu machen, ihn als Begleiter einer Dame zu sehen. Sie gingen aneinander vorbei — Mary grüßte Gabriele, was diese kaum mit einem Kopfnicken erwiderte; Wolf sah sie schnell an die Mauer.

(Fortsetzung folgt.)



— Vermehrung der Kinderzulagen. Für die Zeit vom 1. April bis Ende Dezember 1920 kann Reichsbeamten und Soldaten der Wehrmacht im Fall der Bedürftigkeit über die Bestimmungen des Besoldungsgegesetzes hinaus die Kinderzulage von 50 Mk. pro Monat — ohne Feuerungszulage — weiter gewährt werden, sofern sie ihnen bereits bewilligt war, und und zwar für Kinder nach vollendetem 21. Jahr, wenn sie sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden oder wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen erwerbsunfähig sind. Für Stief- und Bliesgekinde sind Neubewilligungen in Fällen, in denen die Bewilligung früher noch nicht ausgesprochen war, nicht gestattet.

— Minderertrag der Ernte. Wie aus Berlin berichtet wird, dürfte der Minderertrag der heurigen Ernte nach den Erhebungen des Reichsernährungsamts auf 20 Prozent oder ein Fünftel zu schätzen sein.

— Marken zu 100 und 50 Mark. Marken zu 100 und 50 Mark sind jetzt bei der Post zu haben. Es sind dies Einkommensteuermarken, die bei den heutigen Geld- und Einkommensverhältnissen natürlich dringend gebraucht werden. Beide Marken sind in zweifarbigen Buchdruck auf weißem Papier hergestellt, das mit dem Wasserzeichen „Vierpaß“ versehen ist. Die 100-Mark-Marke zeigt blau mit gelb einen einfachen ovalen Rahmen um die große Zahl 100. In dem Rahmen liest man „Einkommensteuer“ und „Mark“. Die Marke zu 50 Mark zeigt den neuen Reichsadler ohne Krone und Beschriftung mit nach außen und oben gespreizten großen Flügeln. „Fünfzig Mark“ ist hier in Buchstaben aufgeschrieben.

— Keine Plombierung der Gepäckstücke. Um den Verabungen der Gepäckstücke vorzugeben, hatte der Verband reisender Kaufleute Deutschlands beim Reichsverkehrsministerium angeregt, alle Gepäckstücke künftig unter Verchluss von Heimmarken ausliefern zu lassen. Der Verchluss werde indessen abgelehnt.

Vom 24. Oktober an wird in den Schlafwagen die 2. Klasse wieder eingeführt. In letzter Zeit konnten Schlafwagen nur mit einer Fahrkarte 1. Klasse benutzt werden.

Rohrdorf, 18. Okt. Nach schwerem Leiden ist im 68. Lebensjahre der Förster G. Seybold hier gestorben. Seine heftige Verdauung legte Zeugnis davon ab, wie groß die Liebe zu ihm der Verstorbenen war, von der er 10 Jahre im Dienst war und auch in seinem früheren langjährigen Wirkungskreis in Rohrdorf bei W. H. Berg O. Calw erworben hat, denn ein selten großes Geleit folgte ihm auf dem Gang zu seiner letzten Ruhestätte. Amtscollegen, die zahlreich hinzugeeilt waren, trugen ihn zu Grabe. In seiner Grabrede schilderte der Ortspfarrer den Verstorbenen als einen tüchtigen, treuen Beamten, guten Christen und ganz g. schen Mann dem ein guter Humor zu eigen gegeben war. Herr Oberförster Kühler, Nagold, brachte dem Toten, nach dem er ihm Worte ehrenvoller Anerkennung gewidmet hatte, ein Waldwägen als letzten Gruß vom Schloßberg, dem Lieblingsaufenthaltsort des Entschlafenen. Aus seinem früheren Wirkungskreis brachte ihm ebenfalls ein Waldwägen herzlichen Abschiedsgruß. Namens der Förster, sowie der Holzhaare von hier und Waldloos wurden schöne Kranzspenden unter Dankworten am Grabe niedergelegt.

Nagold, 19. Okt. (Betriebsstörung) Beim Rangieren des Mühlwagens wurde gestern abend in der Nähe des Bahndübergangs durch vorzeitiges Weichenfallen die Lokomotive, die eben über die Weiche fuhr, mit den hinteren Rädern nach dem Nebengleise abgedreht. Da die Maschine in langsamer Fahrt war, hatte diese die Klemmung nur eine leichte Gleisverdrängung zur Folge. Der um diese Zeit lebhaft verkehrende Bahndverkehr wurde durch Umsteigen ansicht erhalten. Gleise und Maschine waren gegen 1/2 9 Uhr wieder flott.

Zwernberg-Rudolfs. Am Nachmittag des Kirchweihmatsabends veranstalteten die Gemeinden des oberen Waldes des Bezirks Calw zu Ehren ihres langjährigen Verwaltungssachwars, Stadtschultheiß Müller von Rembach in Folge seiner Auszeichnung aus diesem Amt im Hofhaus zum Baum in Zwernberg eine sinnige Abschiedsfeier. Zunächst gedachten die beiden Veranlasser dieser Feier, Schultheiß Wolf von Zwernberg und Schultheiß Bach von Hornberg, nachdem sie zuvor die Anwesenden begrüßten und ihnen für ihr zahlreiches Erscheinen dankten, der Verdienste des Verwaltungssachwars Müller, die er sich in seiner lang- über 32-jährigen Dienstzeit an die Gemeinden seines Bezirks erworben hat. Auch habe der Gefeirte reichen Anteil an dem Zustandekommen der nun seit über 20 Jahren im Betrieb befindlichen Schwarzwaldbahnenverwaltung, für welches Verdienst er heute noch die Anerkennung befinde und nicht an der namentlich für die Bahnwirtschaft und insbesondere über die Kriegszeit so segensreich wirkenden elektrischen Einrichtung, die durch den Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach Station gestellt wird, dessen Vorsitzender Stadtschultheiß Müller ist. Er habe überhaupt, wo es galt, immer zum Besten seiner Gemeinden gewirkt und mit seiner schreibgewandten Feder und geschicklichen Kraft geholfen wo etwas zu helfen war. Und so sei auch seine in diesem Jahr erfolgte Wahl in den Württ. Landtag namentlich begründet worden, da man in ihm den Mann mit dem Herz auf dem rechten Fleck erblickte. Stadtschultheiß Schlatz von Rembach legte seiner Ansprache das Wort der Heiligen Schrift „ein guter Freund ist ein Trost des Lebens“ zu Grunde und schilderte in längeren Ausführungen, wie der Jubilar immer jedermann bereitwillig mit Rat und Tat zur Seite stehe und nützlich in Ehren und Wetter seine weiten Wege in seine Verwaltungsgemeinden gehe. Der Gefeirte dankte hierauf für die große ihm zu teil gewordene Ehre und namentlich

auch für das ihm von seinen Gemeindefreunden als äußeres Zeichen ihres Dankes überreichte Geschenk. Im Anschluß hieran griff er zurück, wie i. H. seine Wahl zu Stände kam, wie die Gründung der Schwarzwaldbahnenverwaltung und des Gemeindeverbandes Elektrizitätswerk Teinach Station vor sich ging und wie manche Schwierigkeiten zu überwinden waren; insbesondere sei es der f. Herr Regierungsrat Böcker in Calw gewesen, der mit persönlicher Aufopferung diese beiden Projekte zur Ausführung brachte und ihm hierfür an erster Stelle Dank schulde sei. Auch der alte Schultheiß Hansmann von Hohenberg schilderte die damaligen Anstellungsverhältnisse, bei welchen der Gemeinderat jeder Gemeinde zu wählen hatte und die Wahl bei großer Konkurrenz auf Verwaltungssachwar Müller fiel, dessen Wahl nicht zu bereuen gewesen sei, vor allem habe es aber gegolten, den bis ins Jahr 1877 zurückgehenden Sitz des Verwaltungssachwars in Rembach wieder zurückzugewinnen. Später erg. ff. Stadtschultheiß Müller wiederholt das Wort und berichtete über die Tätigkeit des Landtags und namentlich der Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbundes, dabei lobte er noch längere Ausführungen die Anwesenden und im besonderen die auswendigen Landwirke auf, durch Produktionssteigerung ihren Teil zur Gewinnung neuerer armen Baierlandes beizutragen, denn erst dann, sobald wieder ein Angebot in den notwendigen Verbrauchsmitteln vorhanden sei, seien wieder bessere Zeiten zu erwarten, es müsse deshalb auch der kleine Landwirt den Standpunkt verlassen, wenn es nur um reich, sondern er müsse durch Anschaffung ge. Beschaffung, wenn dieser auch teuer sei, versuchen, heranzuwirtschaften und zu erzeugen was man er. d. w. d. l. sei, er komme dabei am Ende immer wieder auf seine Rechnung. Zum Schluß brachte Schultheiß Frey von Hohenberg mit humoristischen Worten gute Wünsche für den Nachfolger dar; er möge in seines Vaters Fußstapfen auch 30 Jahre lang zum Besten seiner Gemeinden tätig sein.

Calw, 19. Okt. (Aus dem Bezirksrat.) Das Ernährungsministerium strebt, nachdem erhebliche Teile der Zwangslebensversicherung weggefallen sind, die Errichtung von Preisprüfungsstellen an, deren die Aufgabe zukommt, die Preisgestaltung der wichtigsten Verbrauchsgegenstände des täglichen Lebens zu kontrollieren sowie Verhandlungen zwischen Erzeuger, Händler und Verbrauchergesellschaften über die Festlegung von Vertragspreisen zu vermitteln. In der letzten Bezirksratsitzung gab der Vorsitzende die bisher hier eingegangenen Erläuterungen der Gemeinderäte Calw und Unterrietschach, sowie des Landwirtsch. Bezirksvereins, des Gewerbe- und Handelsvereins und des Bezirksbeamtenbundes bekannt. In der hierauf folgenden Debatte kam zum Ausdruck, daß die Errichtung von Preisprüfungsstellen wohl zu begrüßen sei, daß aber, weil den Preisprüfungsstellen nicht das Recht zustehe, bindende Preise festzusetzen, diesen eine erfolgreiche Tätigkeit nicht beschieden sein könne. Obgleich bestehen Zweifel, ob die Führer der Erzeugerkreisen überhaupt noch genügend Einfluß besitzen, um die Erzeuger zur Einhaltung der Preisobergrenzen zu bewegen. Die Angliederung von Calw an einen andern Bezirk sei nicht unbedingt und nicht zu vermeiden. Wenn an die Errichtung von Preisprüfungsstellen im Lande gegangen werde, so sei unbedingt zu verlangen, daß solche überall errichtet werden. Das koste aber viel Geld ohne einen nennenswerten Nutzen zu bringen. Der Bezirksrat ist nun davon geneigt, der Angelegenheit näher zu treten, wenn Preisprüfungsstellen über das ganze Land zur Errichtung kommen.

Stuttgart, 19. Okt. (Todesfall.) Der württemb. Oberbau- und landw. Sch. Lauri Dr. Ing. Otto Rapp v. Gälstein, Ehrenbürger der Gemeinde Gälstein O. Herrenberg, der Erbauer der anatolischen Eisenbahnen, der auch in Chile und in China große Eisenbahnen ins Leben gerufen hat, ein geborener Nottensburger, ist im 67. Lebensjahre hier gestorben. Er hat im Ganzen 3880 Km. Eisenbahnen gebaut.

Stuttgart, 19. Okt. (Aus dem württ. Staatshaushalt.) Dem Landtag ist, wie berichtet, der württ. Staatshaushaltsplan zugegangen. Die Gesamtausgaben sind von 226,5 Millionen auf 518,1 Millionen Mk. gestiegen. Im einzelnen sind folgende Posten von Interesse: Die Personalkosten beim Kultusministerium erfordern einen Mehraufwand von rund 75 Millionen Mk. Der Aufwand für Pensionen beansprucht Mehrausgaben von rund 12,5 Mill. Mk. Auffallend ist, daß die Verwaltung der Finanzen, trotz des Übergangs eines großen Teils der Finanzverwaltung ans Reich, für 23,3 Mill. Mk. Mehrausgaben verlangt. Die Ablösung der Bawiliste erfordert 3,3 Mill. Mk. d. i. 2,1 Mill. Mk. mehr. Die Rente des Herzogs Wilhelm beträgt aber nach wie vor 200.000 Mk. Die Verwaltung des früheren Kronquartiers erfordert nach Abzug der Einnahmen von 730.000 Mk. noch 1,9 Mill. Mk. (i. Vorjahr 1/2 Mill. Mk.). Der Aufwand für Pensionen an frühere Hofbeamte ist von 550.000 Mk. auf 1,3 Mill. Mk. gestiegen. Aus den Zinsen, die Württemberg aus dem Reich für Uebertragung der staatlichen Eisenbahnen und der Post zustehen, soll ein staatlicher Gebäude- und Grundstücksfonds gebildet werden. Für 1920 sind 10 Millionen Mk. zur ersten Grundstockbildung vorgesehen. Aus den Einnahmen des neuen Staatshaushalts, die um 5,3 Mill. Mk. hinter den Ausgaben zurückbleiben, sind als beste Quelle die Forsten zu nennen, die einen Reinertrag von 85 Millionen abwerfen oder gegenüber dem Vorjahr sich verdoppeln. Die Grund- Gebäude- und Gewerbesteuer ist bedeutend erhöht worden, so daß aus dem Gebäudekataster allein 27 Mill. Mk. Ertrag herauskommt. Der Beitrag der Gemeinden zu den Lehrerbefoldungen beläuft sich auf 21,7 Mill. Mk. während der Staat rund 138 Mill. Mk. auswendet. Die Preisabteilung beim Staatsministerium erachtet mit

einem Gesamtaufwand von 115.000 Mk. (bisher 22.000 Mk.). Sehr teuer ist die württ. Vertretung beim Reich in Berlin geworden. Sie erfordert 514.000 Mk. gegen bisher 164.000 Mk. Der Aufwand für den Landtag beträgt 1,4 Mill. Mk. (im J. 1918 nur 478.320 Mk.) Bei der Justizverwaltung sind die persönlichen Ausgaben von 5,6 Mill. auf 16,2 Mill. gestiegen.

Stuttgart, 19. Okt. (Das Landessteuergesetz.) Dem Landtag ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz zugegangen. In diesem wird die finanzielle Auseinandersetzung des Staats mit seinen Gemeinden geregelt auf Grund der vom Reich aufgestellten Grundsätze.

Der Staat erhält den Mindestbetrag für die Rechnungsjahre 1920-21 und 1922, der dem staatlichen Einkommen-, Vermögen- und Kapitalsteuereinkommen im Rechnungsjahr 1919 zuzüglich einer Steigerung von 25 Prozent entspricht. Dieser Staatsanteil beträgt nach dem Haushaltsplan 300 Millionen Mk. Jede Gemeinde erhält den bis 1. April 1920 zu gewährleistenden Anteil an Gemeindeeinkommen- und Gemeindekapitalsteuer zuzüglich einer Steigerung von 25 Prozent. Ueberschreiten in einer Gemeinde zwei Drittel des Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer den Mindestbetrag und beträgt die Gemeindeumlage mehr als 8 Prozent, so wird der Gemeindeanteil erhöht und in Prozenten des örtlichen Landesanteils festgesetzt. Der Prozentsatz beträgt das Fünftel des über 8 Prozent hinausgehenden Gemeindeumlagejahres, darf aber höchstens auf 50 Prozent steigen. Es soll ein Ausgleichsloos geschaffen werden, aus dem notleidenden Gemeinden wie dem Staat weitere Zuschüsse zustehen können.

Gemeinden mit einer höheren Umlage als 8 Prozent können folgende Steuern erheben: 1. Eine Zusatzsteuer vom einkommensteuerfreien Mindesteinkommen, 2. einen Zuschlag zur Grunderwerbsteuer im Höchstbetrag von 1/5 Prozent des steuerpflichtigen Wertes, 3. eine Verbrauchsabgabe von Bier, 4. eine Hundsteuer mindestens im Betrag von 40 Mk. Das Gebäudekataster erhält einen Zuschlag von 15 Prozent, das Grund- und Befallkataster einen solchen von 100 Prozent, das Gewerbesteuerkataster einen solchen von 10 und 20 Prozent. Den Gemeinden stehen ferner zu: Die Vergütungssteuer rückwirkend auf 1. Juli 1920 auch für den staatlichen Anteil, die Grundsteuer mit bis zu 5 Mk. von 1000 Mk. Wert des Grundstücks, die Warenhaussteuer.

Auch die Amtskörperschaftsumlage wird neu geregelt. Als Grundlage dient zur Hälfte der Betrag des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, zur anderen Hälfte das örtliche Einkommen der Einkommen- und der Körperschaftsteuer. Als Nebensteuern bleiben bestehen: Wohnsteuer, Fremdenwohnsteuer, Wertzuwachssteuer und Zuschlag zur Wandergewerbesteuer.

Stuttgart, 19. Okt. (Das Schulauftraggesetz) Der Entwurf eines Schulauftraggesetzes bestimmt: Bei den Volksschulen verbleibt es bei den durch das Lehrerbefoldungsgesetz festgelegten Gemeindeleistungen. Ebenso bleibt es hinsichtlich der Gewerbe- und Handwerkschulen bei den gesetzlichen Bestimmungen, wobei die Kinderzulagen vom Staat allein getragen werden. Bei den Grundschul- und den unterhaltenden höheren Schulen und ebenso bei den Frauenarbeitschulen tritt zu den gesetzlichen Gemeindeleistungen ein Zuschlag von 100 Prozent, soweit nicht durch besondere Verträge etwas anderes bestimmt ist. Die bisher gewährten Staatsbeiträge zum Befoldungsanwand der Gemeinden für die höheren Schulen sollen weg. Den durch die Gemeindeleistungen nicht gedeckten Teil der Bezüge für die genannten Schulen hat die Staatskasse zu tragen. In den Bezügen der Lehrkräfte an den Bürgerschulen leistet der Staat einen jährlichen Beitrag von 8000 Mk. für jede planmäßige und je 4000 Mk. für jede außerplanmäßige hauptamtliche Stelle und an den Elementarschulen. Der Gesamtaufwand für 1920 beträgt 155 Millionen Mk. (im Vorjahr 73 Mill. Mk.). Davon haben die Gemeinden 21,5 Mill. (12 Mill.), der Staat 133,4 Mill. (61 Mill.) zu tragen.

Stuttgart, 19. Okt. (Sitz des Reichsverwaltungsgerichtshofs.) Abg. Bazille (B.P.) hat im Landtag den Antrag eingebracht, die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß der Sitz des zu errichtenden Reichsverwaltungsgerichtshofs nach Stuttgart gelegt werde.

Lauffen, 19. Okt. (Der Vöfelverschäcker) Der wegen Diebstahls in Untersuchungshaft befindliche Arbeiter Spang hat kürzlich einen Vöfel geschickt und mußte ins Krankenhaus verbracht werden. Nun wurde er als geheilt wieder ins Untersuchungsgefängnis gebracht, aber schon bei der ersten Mahlzeit verschäckt er abermals seinen Vöfel. Er erreichte dadurch aufs neue seine Verbringung ins Krankenhaus.

Vermischtes.

Die Ausschungen im Wiesental haben zur Zeit des Eisenbahnbau vom Remstal durch das Wiesental auf den Wehheimer Wald die Verlegung des zwischen Oberdorf und Klaffenbach gelegenen Hofs Birkenberg notwendig gemacht. Es schien, als haben sich inzwischen die Erdbebenbewegungen beruhigt. Nun aber droht neuerdings eine katastrophale Entwicklung unter dem Einfluß des regenreichen Wetters der vergangenen Monate. Der unweit vom Birkenberghof gelegene Grauhaldenhof steht auf womöglich noch mehr gefährdetem Untergrund. Schon zeigen sich Risse an den Gebäuden und bedenkliche Verschiebungen des Gebälks, kurzum der Hof ist im Augenblick in der Richtung nach der Eisenbahnlinie gefährdet. Das ganze wasserergäufige, fettenreiche Gelände ist in langwieriger, aber steter Bewegung begriffen. Den beiden Besitzern bleibt kaum eine andere Wahl, als ihr Heim zu verlassen, und dieses zu verlegen. Und das hat niemand erteilt als der „lauffende Berg“, wie es im Schwarzwald an vielen Stellen schon mehrfach vorkam.

gegen das Wuchertum. Das Wuchergeicht Bamberg hat einen Bierbrauereibesitzer aus Ludwigsstadt, der ein 3/4 Zentner schweres Schwein, den Zentner Lebergewicht zu 1200 Mark, an einen Fabrikarbeiter und Metzger verkaufte, zu 8 Monaten Gefängnis, einer Geldstrafe von 10.000 Mk., Einziehung des Lebererlöses von etwa 2200 Mk. und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Käufer erhielt 8 Wochen Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe, außerdem.

Altenheim Lehlingen. Die Stadt Nagold hat das bekanntlich beschlossene des Koffers käuflich erworben und wird darin ein Heim für pensionierte Beamte einrichten. Nach auf der Beschäftigten Konferenz wurden viele Anträge gebracht oder mitgenommen, nämlich 80.000 Stück im Kostentrag von 3000 Pfund Sterling (720.000 Mark). Der Vorkauf hat die Rechnung dem Obersten Rat zugestellt.

Handel und Verkehr.

Neuenh. 18. Okt. Dieser Tage ging das Gasthaus zum „Palasthof“, Besitzerin Frau Witwe Fr., um die Summe von 120.000 Mk. an die Herren Ocker sen. und jun. hier über. Ferner erstand das Maxermeister Holzmann'sche Haus in der Babenhofstraße von der Fa. Gieger u. Bader Herr Rudolf Bogt, Metzger, zum Preise von 60.000 Mk.

Calw, 19. Okt. (Wochenmarkt.) Auf dem letzten Wochenmarkt war Kraut in großer Menge zugeführt. Das Waldkraut wird von wachen Weinbauern dem Filderkraut wegen seiner Zartheit vorgezogen. Der Preis für Kraut geht etwas zurück. Für sehr schönes Kraut wurde 15 bis 16 Pfg. das Pfund bezahlt. Filderkraut kostete früher 22 Pfg. das Pfund. Das Kraut ist in diesem Jahre sehr gut geraten; es ist deshalb noch auf eine starke Zukunft zu rechnen. Kopfsalat und Birnen waren vom Rheinbürger Oberamt ebenfalls in einer großen Zahl von Stücken auf dem Markt gebracht. Für schönes Tafelsalat, Baumhaus Birnetten und Süsser von Bostrop wurden 1 Mk. 40 Pf. das Pfund bezahlt, für Birnen werden 1 Mk. verlangt. Brombeeren kosteten 1 Mk. 70 Pf. das Pfund. An Gemüse aller Art war kein Mangel. Im allgemeinen herrscht wieder ein reger Verkehr auf dem Markt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Nagold.

Auf die im Gewerbeblatt Nr. 42 erschienenen Bekanntmachungen der Zentralstelle für Gewerbe und Handel vom 19. Oktober 1920 betr. Kurse für Maurer, Kurse für Zimmerleute und Fortbildungskurs für Hochbauarbeiter wird hiermit hingewiesen.

Den 18. Oktober 1920. M. A. u.

Kochmehl-Abgabe.

Durch Beschlagnahme einer größeren Menge Mehl ist es uns möglich, für die Zeit vom 16. Oktober bis 15. November auf die Brotmarkte K 250 Gr. Brotmehl und 125 Gr. Kochmehl auszugeben.

Nagold, den 19. Oktober 1920. Oberamt: Müng.

Strafbefehl.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen die Hafnersehefrau **Margarete Pauline Braun** in Altensteig,

wegen Milchfälschung — Vergehen gegen § 10 No. 1 u. 2 des Gesetzes betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879 — eine Geldstrafe von 150 Mk. und im Falle diese nicht beigetrieben werden kann, eine Gefängnisstrafe von 1 Tag für je 10 Mark festgesetzt, auch derselben die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Nagold, den 27. September 1920.

Amtsgericht Nagold:

geg. Flammer, Oberamtsrichter.

Die Richtigkeit der Abschrift des Strafbefehls wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit bescheinigt.

Nagold, den 19. Oktober 1920.

Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts:

Jörn.

Moderne

Steinzeugwaren

Steinzeug-Einmachtopfe
-Kannen, -Krüge, -Schüsseln, -Milchtopfe,
-Butterdosen, -Milchkühler

Kraut-Ständen

empfehlen

Altensteig **G. W. Lutz Nachfolger**
Fritz Bühler jr.

Die rühmlichst bekannten **Sicherheitsprengstoffe Ammonachlucht und Pikrin**, sowie **Zündschnüre und Zündkapseln**, auch **Prengpulver** liefert zu Fabrikpreisen ab Lager

Lorenz Luz jr. Altensteig, Telefon 46.

Letzte Nachrichten.

WTB. Paris, 20. Okt. Nach einer Havas-Meldung aus Athen hat sich der Gesundheitszustand des Königs Alexander verschlechtert, da eine Lungenentzündung hinzugegetreten ist.

WTB. Sofia, 20. Okt. (Durch Funksprache) Gestern Nachmittag war das Unterhaus in Erwartung der Debatte über den **Röhmischen Vertrag** nicht besetzt. Der Präsident des Handelsamtes, Sir Robert Home, gab eine Uebersicht über die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bergarbeitern. Er sagte, er habe zum Schluß die Hoffnung gehabt, daß die Bergarbeiter dem Rat ihrer Führer annehmen und die Vorschläge der Regierung in Erwägung ziehen würden. Der Bergarbeiterführer Brac erklärte, als Bergarbeiter betrachte er den Streik als ein ebenso großes Unglück für die Bergleute wie für die Nation. Er schlug die Bildung eines nationalen Amtes zur Regelung der Bergarbeiterlöhne vor.

WTB. Konstantinopel, 20. Okt. (Havas.) Die georgische Regierung hat erklärt, dem Kommissar für die Befreiung ihres Territoriums als Kriegserklärung angeht.

WTB. Belgrad, 20. Okt. (Havas.) Der Minister des Aeußeren, Trumbitch, des jugoslawischen Königreichs hat Befehl gegeben, daß die in die Abmachung eingetragenen jugoslawischen Truppen zu rückgezogen sind.

WTB. Berlin, 20. Okt. Weiter hat sich die Fraktion der Unabhängigen im Berliner Rathaus gespalten. Der rechte Flügel umfaßt 64 Stadtratsmitglieder, während der linke 20 Mitglieder stark ist.

WTB. Berlin, 20. Okt. Der „Berliner Lokalanzeiger“ gibt eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus München wieder, wonach die Leute der USA im Dezember mit der kommunistischen Partei einen gemeinsamen Parteitag abhalten will, auf dem die Vereinigung der beiden Parteien vollzogen und die deutsche Sektion der Dritten Internationale endgültig gebildet werden soll.

WTB. Berlin, 20. Okt. Eine Meldung des „Berl. Tageblatts“ aus Mainz zufolge hat die Mainzer Arbeiterkassette infolge Zurückhaltung und Verschönerung von Kartoffeln an die rheinische Bauernschaft ein Ultimatum gestellt, zu bestimmter Stunde ortswise zehn Zentner pro Morgen zum Preise von 25 Mark abzuliefern, andernfalls Selbsthilfe Platz greifen werde.

WTB. London, 20. Okt. Auf verschiedene Anfragen aus parlamentarischen Kreisen wurde im Unterhaus erwidert, daß die Regierung die Absicht hätte, die **„S. J. Rossing“** über die Regierung in Irland den beiden Häusern zur Abstimmung vorzulegen. Bosar Law erklärte, daß die Regierungspolitik während dieser Zeit dahin gehe, die Republik in Irland zu unterdrücken. Das Haus ging dann zur Debatte der durch den Bergarbeiterstreik geschaffenen Lage über.

WTB. Paris, 20. Okt. (Havas.) Der Vorkaufvertrag genehmigte den Entwurf des **Abkommens**, welches zwischen Polen und der Festen Stadt Danzig abgeschlossen werden soll. Wahrscheinlich wird am nächsten Samstag die Uebersicht gleichzeitig mit dem Beschluß der Räte, wonach die Stadt Danzig unter dem Schutz des Völkerbundes zur Freien Stadt erhoben wird, unterzeichnet werden.

WTB. Konstantinopel, 19. Okt. Seit Beginn der Operationen auf dem rechten Dniepr-Ufer haben die Truppen des Generals Wrangel 14.000 Gefangene gemacht, sowie eine große Beute eingebracht. Nochmals des Taurus wurden sechs holländische Divisionen vernichtet.

WTB. Berlin, 20. Okt. Wie verschiedene Morgenblätter aus Sofia melden, haben die Vertreter der Entente der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, in der sie die **Ausslieferung von 507.000 Mann und 300.000 Maschinen** verlangt. Auf der Liste befinden sich u. a. der frühere König Ferdinand und sein Ministerpräsident Radostawow, die sich angeblich in Deutschland aufhalten sollen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Baur, Druck und Verlags, der W. Riefel'schen Buchdruckerei, Altensteig

Gewerbeverein Altensteig.

Am Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 1/4 Uhr findet im Gasthaus zum Löwen hier die

Generalversammlung

statt, zu welcher wir unsere Mitglieder mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung freundlichst einladen.

Der Ausschuss.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht.
2. Bericht über die Vereinsfähigkeit, Mittelungen über Verkeftrragen.
3. Wahlen.
4. Anträge und Wünsche.
5. Verkauf von Zeitschriften

Altensteig.

Prima

Kernleder-Treibriemen

70 mm breit, passend für Landwirtschaft, empfiehlt

Paul Jannasch.

An die Werkstatt ist gebunden Jeder, der auf Kunstdein steht. Darum möcht ich hier bekunden, Wie ich bin zu Diensten stets.

Hast Du Möbel — alte, neue Ich lockere in jedem Ton, Rad und Fahrzeug wird erneuert, Ich mach' Schriften, klein und groß. Brauchst Du Farben, Öl und Lacke Ich hab' sie für jeden Zweck. Und die Frauen müssen sagen Der hat Bodenöl und kein' Dreck. In Schuh- und Wagensette Führe ich nun auch dazu, Und ich wünsch', daß um die Wette Alles läuft zu mir im Nu!

Altensteig, den 20. Oktober 1920.

Chr. Kirn, Malermeister.

Mathilde Ege
Gottlieb Gutekunst

Verlobte

Reutlingen

Altensteig

Okt. 1920.

Verloren

ging vom Bahnhof bis zum „Baldhorn“ eine Uhr samt Kette.

Der Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle des Bl.

Reichsbund

Ortsgr. Altensteig u. Umgeb.

Eingetroff. Musterendung in **Textilwaren**

Raccohemden, mit und ohne Einsatz, Unterhosen, Normalhemden u. Unterhosen, Socken, Buckskin- u. Zwirnhosen, liegt bis einschl. Sonntag, 24. ds. bei Kassier Alfred Schittler zur vennt. Bestellung auf. Vorstand.

Altensteig

Feinst

Tafelöl

(Sesamöl)

ist wieder eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Seltene Gelegenheit!

3 Dbd. **Edelsteine** rein Aluminium auf nur 25.— geg. Nachn. Dr. Gelfer, Metalle, Lorch (Hemstal).

Mädchen-Gesuch.

Gesucht ein jüngeres, braves, christliches

Mädchen

welchem Gelegenheit geboten wäre, das Kochen zu erlernen, in ein gutes Haus nach Stuttgart (2 Personen) bei Familienanschluss.

Näheres zu erfragen bei

Gemeinschaftspfleger Pfefferkorn Altensteig.

Kufeken-

Kindermehl

ist zu haben in der

Schwarzwald Drogerie

Altensteig

Walden 41.

Geschlechts-

kranke jeder Art (Harnröhrenleiden frisch u. spez. veraltet, Syphilis, Manneschwäche, Frauenleiden) wenden sich sofort vertrauensvoll an Spezialarzt Dr. med. Dammann Berlin E. 303 Potsdamerstr. 123 B. Sprechst.: 9—11 u. 2—4, Sonntags 10—11 Uhr. Belehrende Broschüre mit tausenden freiw. Dankschr. und Angabe bester Heilmittel (ohne Quecksilber u. andere Gifte, ohne Einspritz., ohne Berufsstr.) gegen 1.— Mk. diskret in verschl. Kuvert ohne Aufdruck. Leiden genau angeben.